

Newsletter

Ausgabe 04/2012 August



Bitte diese Information an die Gleichstellungsbeauftragte weiterleiten!

Termine:

- “Wir sind doch gleichberechtigt!” Junge Frauen für Gleichstellungsarbeit begeistern
- LAG – Herbstsitzung am 26.11.2012 – Anmeldung möglich

News:

- Anmeldung für den internen Bereich möglich
- Protokoll der LAG-Sitzung steht online
- Neues Projekt im ZWW: Führungskompetenz – Weibliche Nachwuchsführungskräfte fördern, Unternehmen stärken
- Antrag zur LGG-Novellierung
- Erweiterung des Chancengleichheitsgesetzes in Baden-Württemberg
- Empfehlenswert: Netzwerk der Juristinnen mit Gleichstellungsaufgaben
- Schulterschluss mit Brüssel - Frauenquote der CDU-Frauen mit der EU-Quoten-Kommissarin
- Viviane Reding: „Wir brauchen die Frauen, weil wir nicht genug Männer haben“
- GFMK: Für Faktorverfahren statt belastende Steuerklasse V
- IAB: Erwerbsbeteiligung von Frauen - Chancen & Risiken auf dem Arbeitsmarkt
- ADVD zieht Bilanz nach Einführung des AGG vor sechs Jahren

Termine:

“Wir sind doch gleichberechtigt!” Junge Frauen für Gleichstellungsarbeit begeistern

Gleichstellungsbeauftragte benötigen nicht nur Geduld und langen Atem, sie benötigen auch Überzeugungskraft. Doch immer mehr Gleichstellungsbeauftragten gelingt es nicht, junge Frauen von der Notwendigkeit der Gleichstellungsarbeit zu überzeugen. Oftmals setzt ein Umdenkungsprozess erst dann ein, wenn die jungen Frauen in der Familienphase sind.

Wie kann ich auch junge Frauen ansprechen? Wie gewinne ich ihr Interesse? Wie kann ich sie in die Gleichstellungsarbeit einbeziehen und sie dafür gewinnen? Welche Unterstützungsangebote kann ich für junge Frauen machen? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich das Seminar.

Inhalte:

- Der Generationenwechsel im Verständnis von Gleichstellung
- Entwicklung von praktischen Kommunikationsmöglichkeiten und Marketingstrategien
- Passgenaue Ansprache der Zielgruppe “junge Frauen”

Termin: 22. Oktober 2012

Anmeldeschluss: 01. Oktober 2012

Referentin: Marion Bredebusch, Kommunikations- und Gendertrainerin, Saarbrücken

Ort: Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Uhrzeit: 9:30 – 16:30

Kosten: 130,00 Euro, 90,00 Euro für Beschäftigte in Rheinland-Pfalz

LAG – Herbstsitzung am 26.11.2012 – Anmeldung möglich

Die nächste Sitzung der behördlich wirkenden Gleichstellungsbeauftragten in Rheinland-Pfalz (LAG-LGG) findet Montag, den 26. November 2012, in Mainz statt. Über den Veranstaltungsort und Tagesordnungspunkte informieren Sie ab Mitte Oktober auf unserer [Homepage](#).

Gerne können Sie sich ab sofort für die LAG-Herbstsitzung am 26.11.2012 anmelden. Das Anmeldeformular für die LAG-Sitzung befindet sich im [internen Bereich](#).

News:

Anmeldung für den internen Bereich möglich

Nach Fertigstellung des Relaunches der Homepage <http://www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de> ist nun auch der interne Bereich nutzbar. Einen Zugang kann aus Datenschutzgründen nur Gleichstellungsbeauftragten nach dem rheinland-pfälzischen Gleichstellungsgesetz gewährt werden. Die Registrierung ist kostenlos. [Hier](#) können Sie einen Zugang für den internen Bereich beantragen.

Protokoll der LAG-Sitzung steht online

Das Protokoll der diesjährigen Frühjahrssitzung vom 30.05.2012 steht Ihnen im [internen Bereich](#) zur Verfügung.

Neues Projekt im ZWW: Führungskompetenz – Weibliche Nachwuchsführungskräfte fördern, Unternehmen stärken

Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz startete am 01. Juli 2012 das zukunftsweisende Projekt „Führungskompetenz - weibliche Nachwuchsführungskräfte fördern, Unternehmen stärken“. Die Laufzeit des Projekts beträgt 2,5 Jahre und findet im Rahmen der Bundesinitiative „Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft“ statt. Das ZWW unterstützt ausgewählte rheinland-pfälzische Modellbetriebe bei der Erarbeitung einer Strategie zur systematischen Personalentwicklung, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Teilnehmende Modellbetriebe können Angebote in Anspruch nehmen, um die Potenziale gut ausgebildeter Frauen für das Unternehmen zu nutzen – und sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil sichern. Weitere Details zu dem Projekt „Führungskompetenz“ erhalten Sie auf der Projektseite <http://www.projekt-fuehrungskompetenz.de>. Eine kurze Vorstellung können Sie auch dem [Flyer](#) entnehmen. Die Pressemitteilung der Handwerkskammer der Pfalz zum Projekt finden Sie [hier](#).

Antrag zur LGG-Novellierung

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben einen gemeinsamen Antrag zur Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes Rheinland-Pfalz in den Landtag eingebracht. Den genauen Wortlaut des Antrags lesen sie [hier](#).

Erweiterung des Chancengleichheitsgesetzes in Baden-Württemberg

Baden-Württembergs frauenpolitische Sprecherinnen der Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen dem Auftrag des Koalitionsvertrags nachkommen und das Chancengleichheitsgesetz erweitern. Baden-Württemberg sei das einzige Bundesland, das weder in Kreisen noch Gemeinden die Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten zwingend vorschreibe, was ein „großer

Konstruktionsfehler“ sei. Das erweiterte Gesetz soll klare Verbindlichkeiten enthalten. Unter anderem soll die Einbindung der Beauftragten vor einer Personalentscheidung, die Berichtspflicht und die gesetzliche Verankerung kommunaler Chancengleichheitsbeauftragter enthalten sein. Des Weiteren setzen sich Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Grüne) und Sabine Wölfe (SPD) für einen höheren Frauenanteil in Gremien mit Landesbeteiligung und in der Kommunalpolitik ein.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 572)

Empfehlenswert: Netzwerk der Juristinnen mit Gleichstellungsaufgaben

Gleichstellungsbeauftragte sind oft mit Fragen zu ihrer Stellung und ihren Befugnissen konfrontiert. Als Kontrollorgan sind sie zudem Einzelkämpferinnen in ihren Behörden und daher auf den Rat und die Unterstützung kompetenter Kolleginnen angewiesen. Der Deutsche Juristinnenbund schafft jetzt Abhilfe: „Gleichstellungsbeauftragte im djb“ heißt ein Netzwerk von Gleichstellungsbeauftragten, die zugleich Juristinnen sind, und das eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Netzwerke darstellt.

Juristinnen, die strittige Fragen über die Rechtsstellung, Aufgaben und Befugnisse von Gleichstellungsbeauftragten sowohl aus praktischer als auch rechtlicher Sicht zu beurteilen vermögen, haben sich zusammengeschlossen, um durch juristisch fundierte Stellungnahmen die Auslegung und Fortentwicklung der Gleichstellungsgesetze vor allem in Bezug auf das Amt der Gleichstellungsbeauftragten in ihrem Sinn zu prägen sowie die vorhandenen Netzwerke bei rechtlichen Fragen zu unterstützen. Unbedingt lesenswert ist die Homepage des Netzwerkes: <http://www.djb.de/Themen/Gleichstellungsbeauftragte/>.

Schulterschluss mit Brüssel - Frauenquote der CDU-Frauen mit der EU-Quoten-Kommissarin

Die Unions-Frauen im Bundestag unterstützen den Vorschlag der EU-Justizkommissarin Viviane Reding für eine europaweite gesetzliche Frauenquote in Führungspositionen. "Im engen Schulterschluss mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding, setzen wir uns für eine Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen ein", so die Vorsitzende der Frauen Union der CDU (FU), Maria Böhmer, beim Treffen des FU-Bundesvorstands mit Viviane Reding in Brüssel.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 571)

[Pressemitteilung FU \(Frauen Union\)](#)

Viviane Reding: „Wir brauchen die Frauen, weil wir nicht genug Männer haben“

EU-Kommissarin Viviane Reding fordert, dass mehr Frauen in die Vorstandsetagen müssen. Auf der Konferenz „Digital Life Design“ (DLD Women) erläutert sie, dass es sich eine Gesellschaft nicht auf Dauer leisten könne, Talente von Frauen nicht zu nutzen. Sie bekräftigt außerdem ihre Absicht, einen

Gesetzentwurf zu einer europaweiten Frauenquote in den Vorständen börsennotierter Unternehmen vorzulegen.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 572)

GMFK: Für Faktorverfahren statt belastende Steuerklasse V

Die Konferenz der Gleichstellungs- und FrauenministerInnen (GMFK) befasste sich kritisch mit den Auswirkungen der Steuerklasse V. Die Kombination von Steuerklasse III/V wird vor allem von Paaren genutzt, die ein sehr unterschiedlich hohes Einkommen haben. Aufgrund steuerlicher Freibeträge und des Splittingtarifs auf nur einen der Ehegatten, fällt die Belastung für das Einkommen auf die Steuerklasse V unverhältnismäßig hoch aus. Die hohe Belastung in der Steuerklasse V betrifft empirisch betrachtet überwiegend Frauen. Die übermäßig hohen Grenzsteuersätze der Steuerklasse V verhindern, dass Frauen ihr Arbeitsangebot ausdehnten. Nur das Faktorverfahren könnte die Verringerung der Hemmschwelle für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit erreichen. Der Vorteil des Faktorverfahrens umfasst die gerechtere Lohnsteuerverteilung, die Splittingvorteile schon beim monatlichen Lohnsteuerabzug und die Vermeidung von hohen Voraus- und Nachzahlungen.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 571)

IAB: Erwerbsbeteiligung von Frauen - Chancen & Risiken auf dem Arbeitsmarkt

Das Programm der gleichnamigen Veranstaltung "Erwerbsbeteiligung von Frauen - Chancen & Risiken auf dem Arbeitsmarkt" des Instituts Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt, dass das Augenmerk des zunehmenden Fachkräftemangels der Wirtschaft auf das nicht ausgeschöpfte Fachkräftepotenzial der Frauen gelenkt wird. Durch die zusätzliche Erwerbstätigkeit von Müttern könnten 1,5 Mio Vollzeitkräfte gewonnen werden. Inwieweit die Mütter für den Arbeitsmarkt mobilisiert werden könnten, hänge von der familiären Situation der Mütter ab.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 571)

ADVD zieht Bilanz nach Einführung des AGG vor sechs Jahren

Der Antidiskriminierungsverband Deutschland (ADVD) zieht sechs Jahre nach Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Bilanz. In der Pressemitteilung erklärt der ADVD, dass die Reichweite des AGG begrenzt ist und es den Betroffenen an Unterstützung bei der Rechtsdurchsetzung mangelt. Gründe, weshalb das AGG in der Rechtspraxis kaum eine Rolle spielt, sind unter anderem der zu geringe Bekanntheitsgrad des Gesetzes, die zu kurzen Fristen und die zu hohen Beweislast. Eine professionelle Beratung unterstützt und erleichtert den Zugang gegen Diskriminierungen auf Berufung des Gesetzes vorzugehen.

Quelle: [Pressemitteilung vom 17.08.2012](#) des Verbandes ADVD

V.i.S.d.P.

Barbara Lampe

Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz
T: 06131/3925417
E: lampe@zww.uni-mainz.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten oder wollen den Newsletter auch an eine andere E-Mailadresse geschickt bekommen? Dann können Sie sich auf unserer Homepage [abmelden](#) oder [anmelden](#).